

Wochenzeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erste in jedem Wochentag nachmittags. Die Papiere-Gebühren des Blattes betragen in Stadt und Land 300.000 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich 1.400.000, bei unregelmäßiger Abgabe 1.400.000 monatlich. Die abgabepflichtigen Anzeigen-Gebühren: je Zeile in der ersten Spalte 1.400.000, in der zweiten 1.000.000, in der dritten 800.000, in der vierten 600.000, in der fünften 400.000, in der sechsten 300.000, in der siebten 200.000, in der achten 150.000, in der neunten 100.000, in der zehnten 75.000, in der elften 50.000, in der zwölften 25.000, in der dreizehnten 12.500, in der vierzehnten 6.250, in der fünfzehnten 3.125, in der sechzehnten 1.562, in der siebzehnten 781, in der achtzehnten 390, in der neunzehnten 195, in der zwanzigsten 97,50, in der einundzwanzigsten 48,75, in der zweiundzwanzigsten 24,37, in der dreiundzwanzigsten 12,19, in der vierundzwanzigsten 6,10, in der fünfundzwanzigsten 3,05, in der sechsundzwanzigsten 1,52, in der siebenundzwanzigsten 0,76, in der achtundzwanzigsten 0,38, in der neunundzwanzigsten 0,19, in der dreißigsten 0,095. Die abgabepflichtigen Anzeigen-Gebühren: je Zeile in der ersten Spalte 1.400.000, in der zweiten 1.000.000, in der dritten 800.000, in der vierten 600.000, in der fünften 400.000, in der sechsten 300.000, in der siebten 200.000, in der achten 150.000, in der neunten 100.000, in der zehnten 75.000, in der elften 50.000, in der zwölften 25.000, in der dreizehnten 12.500, in der vierzehnten 6.250, in der fünfzehnten 3.125, in der sechzehnten 1.562, in der siebzehnten 781, in der achtzehnten 390, in der neunzehnten 195, in der zwanzigsten 97,50, in der einundzwanzigsten 48,75, in der zweiundzwanzigsten 24,37, in der dreiundzwanzigsten 12,19, in der vierundzwanzigsten 6,10, in der fünfundzwanzigsten 3,05, in der sechsundzwanzigsten 1,52, in der siebenundzwanzigsten 0,76, in der achtundzwanzigsten 0,38, in der neunundzwanzigsten 0,19, in der dreißigsten 0,095.

Der deutsche Reparationsvorschlag.

Die ersten Verhandlungen / Poincarés Pfänderpolitik / Eine Botschaft Harding's / Lloyd Georges Vorstoß gegen Poincaré / Des Reichskanzlers Telegramm an die Rheinlande / 300 Milliarden für Brotbeschaffung.

Cunos Angebot in London.

Fünfjähriges Moratorium. — Ruhe aller sonstigen Forderungen.
Berlin, 11. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Entgegen ihrer Ansicht, in der Reparationsfrage eine Politik der Aktivität, der Aufrichtigkeit und der gewissenhaften Klarheit zu führen, hat die deutsche Regierung zu Beginn der Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten einen Schritt in London unternommen. Sie hat die Dringlichkeit einer entgeltlichen Lösung der Reparationsfrage erneut nachdrücklich betont und, um eine solche Lösung durch zweimäßige Vorläufige anzubahnen, in Ausführung der Note vom 14. November ein System von inneren und äußeren Anleihen zur Erörterung gestellt. Das dafür zu verwendende Moratorium soll je nach der Höhe des Zeichnungsergebnisses bis zu 5 Jahren betragen. Außerdem soll Deutschland im Sinne der Note vom 14. November für die Dauer des Moratoriums von allen sonstigen Forderungen des Vertrages von Versailles befreit und seine wirtschaftspolitische Gleichberechtigung wiederhergestellt werden. Der Ertrag der Anleihe soll ganz, der Ertrag der Zinsanleihe zur Hälfte der Reparationskommission zur Verfügung stehen. Die andere Hälfte der Zinsanleihe soll der Stabilisierung der Mark und dem Ausgleich des Reichshaushalts dienen.

Poincaré will Pfänder.

Bonar Law opponiert gegen den französischen Vorschlag.
London, 10. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) In der gestrigen Unterredung der alliierten Ministerpräsidenten in der Downing Street legte zuerst Poincaré seinen Standpunkt in der Reparations- und Schuldfrage auseinander. Er erklärte nur allem, daß Frankreich keine Verhandlung der deutschen Schulden aufnehmen könne, so lange nicht seine eigenen Kriegsschulden in gleichem Maße beseitigt wurden. Ferner, daß Frankreich seinem Moratorium zustimmen könne, wenn nicht produktive Pfänder in Deutschland ergriffen würden. Wollstini unterlegte die Ausführungen Poincarés und betonte vor allen Dingen darauf, die Einheitsfront der Alliierten aufrechtzuerhalten. Dann wurde es leicht sein, von Deutschland keine eigenen Kriegsschulden im Bestand darauf, daß eine Einigung unter den Alliierten zustandekommen müßte, wenn man an der Eröffnung der Brüsseler Konferenz denken wollte. Ein Vorschlag wurde nicht gemacht. Es handelte sich um eine Ausrede aller Ministerpräsidenten. Besonders wurde bemerkt, daß die Ausrede die hauptsächlich um die alliierten Schulden dreht, während in den folgenden Konferenzen diese Frage ein wahres Rührmischchen bilde.

Es wird noch bekannt, daß Poincaré am Samstag ein zweijähriges Moratorium für die deutschen Zahlungen vorschlug, während die Zahlungen in vermindertem Maße fortgesetzt werden sollen. Es würde Deutschland ein Kredit von 500 Millionen Goldmark gewährt werden, um den Markkurs zu stabilisieren. Deutschland hätte seinerseits für den gleichen Zweck dem Goldbesitzer der Reichsbank 500 Millionen Goldmark zu entnehmen, und um die Durchführung dieser Maßnahmen zu garantieren, würden die Alliierten 25 Prozent des Wertes der deutschen Anleihe und die gesamten Zollerträge beizubehalten, sowie die Bezugsrechte des Ruhrgebietes zu kontrollieren. Bonar Law bestritt die Beibehaltung des Ruhrgebietes und erklärte, England könne nur einer Erhebung von 25 Prozent auf die deutsche Anleihe und der Beibehaltung der Zollerträge zustimmen, aber es wäre nicht einverstanden mit einer so fortgesetzten Beibehaltung des Ruhrgebietes. Das letztere bedeutet dem „Commonwealth“, daß England die Beibehaltung der Ruhrgruben verweigert (!) sehen möchte und sie jedenfalls nicht in der Form von Pfändern, sondern nur als äußerste Zwangsmaßnahme für den Fall, daß Deutschland sich den vorgeschriebenen Bedingungen entziehen wollte, in Kraft treten lassen möchte.

Der Ernst der Lage.

Englische Vorkommnisse zur London-Konferenz.
London, 10. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Von den Londoner Besprechungen beschäftigt sich vor allem der „Observer“ ausführlich mit dem Verhältnis der Konferenz zu dem Vortage. Die Anstöße erregen müssen: Die Forderung nach einer Beibehaltung des Ruhrgebietes und nach einer Annulierung der interalliierten Schulden. Das Blatt schreibt dazu: Die Frage ist, ob es zu einem Kompromiß kommen wird. Von englischer Seite ist alles getan worden, um einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Vom englischen Standpunkt liegt die Schwere darin, daß das geringste Vordringen Frankreichs in das Ruhrgebiet eine wirtschaftliche Verwirrung in Europa sofort zur Folge haben müßte und das dadurch eine Aussicht auf Wiederherstellung Deutschlands und Europas vermindert wäre. Was die Streichung der europäischen Alliiertenschulden gegen eine Herabsetzung der deutschen Verpflichtungen betrifft, so heißt Herr Poincaré damit eine Forderung, die der englischen Regierung in Verlegenheit setzt. Europa kann nicht verlangen, daß Großbritannien seine Schulden bezahlt und auf alle Verträge verzichtet, die man ihm schuldet. Herr Bonar Law wird sich darüber noch vor Ende dieser Woche zu entscheiden haben. Man glaubt allgemein, daß der Erfolg dieser Diskussion von des Glanzlichts Poincarés ab-

hängen wird. Leider ist Poincaré aber am wenigsten elastische Mann der Welt. — In demselben Blatte veröffentlichen der bekannte englische Journalist Watson einen Artikel über die Zukunft Europas, worin er sagt, man müßte an der Zukunft des europäischen Kontinents zweifeln, wenn man an der letzten Londoner Verhandlung zurückgehe. Wenn Deutschland den Franzosen nach Ablauf der sechzehnten Frist nicht Genüge tut, dann werden wir es Frankreich überlassen müssen, die Initiative zu Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet oder anderswo zu ergreifen. Nichts wird Deutschland retten, wenn es nicht mehr will, als es seit dem Waffenstillstand getan hat, um sich selber zu retten. Die anderen heute erschienenen Reden Suncoy und Timos, Gallmair Gorette und Coenen Standard betonen übereinstimmend die unpopuläre Bedeutung der jetzigen Verhandlungen und die Wichtigkeit für Deutschland, alles zu tun, um Zwangsmaßnahmen von französischer Seite, wenn möglich, abzuwehren.

Die Passau-Note in Paris.

Die Ablehnung der Beamten verweigert.
Paris, 11. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Wie der „Transatlantique“ meldet, ist die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reichsfinanzkommission wegen Passau und Ingolstadt gestern mittag gegen 10 Uhr am Quai d'Orsay überreicht worden. Die deutsche Regierung erklärte in der Antwort, daß sie allein mit Ausschluss jeder Landesregierung qualifiziert sei, eine offizielle Antwort zu erteilen. Was die Frage der Abberufung der Bürgermeister anging, so wies die Note darauf hin, daß diese Behörden nicht abberufen werden könnten, da sie gewählt und nicht ernannt seien. Bezüglich der Entschädigung von einer Million Goldmark unterwies die deutsche Regierung der Note der Alliierten. Nach dem „Journal des Debats“ erklärt sich zwar die deutsche Regierung bereit, die geforderten Zahlungen zu leisten, weigert sich aber, die Entschädigungen, die bereits von der bayerischen Regierung geleistet worden seien, zu erneuern. Sie weigert sich ferner, die Polizeipräsidenten der beiden Städte abzuführen, da die Polizeipräsidenten in diesen Fällen keineswegs kompetent seien. Die Polizeipräsidenten seien wie die Bürgermeister gewählt und nicht ernannt worden.

Ein Atlantik-Vertrag?

Was der Botschaft des Präsidenten Harding.
Newport, 9. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Botschaft des Präsidenten Harding wird der Newporter „Times“ aus Washington gemeldet: Gleichwohl Harding den auswärtigen Angelegenheiten nur einen kleinen Teil seiner Botschaft gewidmet hat, finden seine Erklärungen große Aufmerksamkeit. Im Senat waren nach Verlesung der Botschaft Gerüchte verbreitet, daß die amerikanische Regierung beabsichtige, eine neue internationale Konferenz einzuberufen, um einen diplomatischen Meinungsaustausch einzuleiten über den Wunsch einer Vereinbarung betreffend die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Mächten, deren Land am Atlantischen Ozean gelegen ist oder an ihm angrenzt. Die Gerüchte gründeten sich auf folgenden Satz der Botschaft: Das Völkerverständnis, das jede Wahrscheinlichkeit eines Krieges im Stillen Ozean ausschließt, fürde das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens, und ich lam mir wohl denken, daß es als Hüter dienen werde für ähnliche Sicherungen, wo immer gemeinsame Interessen in Frage kommen.

Ruhe in Lausanne.

Ruhe in Lausanne.
Lausanne, 10. Dezember. (Eig. Drahtmeldung.) Das Interesse familiärer Delegationen konzentriert sich augenblicklich auf die Reparationsfragen in London, und besonders nehmen die hiesigen Verhandlungen nur einen köpfernden Verlauf. Die Alliierten durch die reichliche ungeschickte Politik der letzten Tage, die sie verfolgt haben, führt ins Hintertreffen geraten und stehen fast still. Was die Wichtigkeit ist getragen auf die dieser Stellung die amerikanische Unterredung Jählinger mit den türkischen Journalisten. Im Senat waren nach Verlesung der Botschaft Gerüchte verbreitet, daß die amerikanische Regierung beabsichtige, eine neue internationale Konferenz einzuberufen, um einen diplomatischen Meinungsaustausch einzuleiten über den Wunsch einer Vereinbarung betreffend die Aufrechterhaltung des Friedens zwischen den Mächten, deren Land am Atlantischen Ozean gelegen ist oder an ihm angrenzt. Die Gerüchte gründeten sich auf folgenden Satz der Botschaft: Das Völkerverständnis, das jede Wahrscheinlichkeit eines Krieges im Stillen Ozean ausschließt, fürde das Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens, und ich lam mir wohl denken, daß es als Hüter dienen werde für ähnliche Sicherungen, wo immer gemeinsame Interessen in Frage kommen.

Die Reparationskommission.

Von Francesco Ritti.*
Die Reparationskommission ist ein Komma in der Geschichte der Friedensverträge. Sie hat grenzenlose Beugnisse: sie bestimmt, was wie und wann Deutschland und die anderen Besiegten zu zahlen haben, kontrolliert ihre Finanzen und ihr ganzes Wirtschaftsleben, kann in alle Verhältnisse eingreifen, Geheiß und Verordnungen erteilen oder auch machen. Ihre Mitglieder genießen jede nur mögliche Immunität, sind lediglich ihren Regierungen verantwortlich, und was sie auch tun und treiben mögen, die Besiegten dürfen selbst ihre abzurufen und bösartigen Handlungen nicht als feindselige Akte betrachten. Da die Besiegten nur zum Zahlen da sind, haben die Mitglieder dieser Kommission natürlich zunächst damit begonnen, sich selbst ungeheure Gehälter und Zulagen zu sichern. Deren Höhe betrug 2000 und 300000 Franc und mehr werden von ihnen abgehoben, die nicht das geringste Verdienst haben und in ihrer Heimat nicht einmal den sechsten Teil davon empfangen. Beamte, die zu nichts gut sind, sind fünf- bis zehnmal höher bezahlt als das Haupt der Regierung ihres Landes.

Die Kommission hat ihren Sitz in Paris, und es versteht sich von selbst, daß ihre Mitglieder, die englischen vielleicht ausgenommen, in Stellung und Ideen lediglich die politischen und finanziellen Tendenzen dieser ihrer Umgebung widerspiegeln. Anfangs war die Kommission aus Männern von Bedeutung zusammengesetzt; seitdem hat diese Elemente jedoch daraus zurückgezogen haben, ist sie nichts als ein Sammelbecken von Leuten jenseitiger Minderwertigkeit geworden. Ihre Unfähigkeit ist so groß, daß sie nur noch von ihrem Insignis übertritten wird. Zum Beweise genügt die eine Tatsache, daß sie gerade in dem Augenblick, da Deutschland in finanziellen Notstand geraten ist und Ungarn, keine beiden Hilfsweltens herabzu, demselben Wege entgegenzugehen, die Reparationskommission für beide Länder auf 6 Milliarden in Gold festsetzt! Hierfür hat die Kommission die Gehälter ihrer eigenen Beamten, müssen bestimmen, was Deutschland zu tun hat, was es zahlen soll und wie das Wirtschaftsleben des besiegten Landes der Erde zu kontrollieren ist. Sie, die nicht die Bedingungen einer einzigen Industrie kennen, entscheiden also über die Gesamtwirtschaft Europas! Der Erfahrung hat, weiß, wie schwierig in finanziellen und wirtschaftlichen Dingen es ist, mit Verordnungen in die Produktion einzugreifen. Die besten Wägen und langes Studium helfen oft nichts. Der Prozeß der modernen Produktion ist so verwickelt und fein, daß kein Staatsmann sich genau darüber Redenshaft geben kann. Nachdem ich mein ganzes Leben dem Studium der wirtschaftlichen Struktur meines Landes gewidmet, habe ich doch in den vielen Jahren meiner Regierungstätigkeit an der Spitze verschiedener Ministerien öfters festgestellt müssen, wie schwierig es ist, derartige Probleme zu lösen, ja auch nur zu verstehen. Und nun sollen diese weit kompliziertere Verhältnisse von 20 Nationen geregelt werden, von Leuten, die nie Deutschland über das sie wie Souveräne verfahren, gesehen hatten, keine Sprache nicht kennen, sich auf keine Industrie verstehen und auch nicht einmal über die elementarsten Kenntnisse der Volkswirtschaft verfügen.

Aber außer der Reparationskommission haben sich zahllose andere militärische und zivile Kommissionen über die Länder der Besiegten ergötzt und sie durch ungeheure Ausgaben ausgelegt. Ausgaben, die oft genug nicht einmal einen antwortigen Vordruck hatten. Die gefährlichsten Kriegsspielpläne, Militärs und Bürger haben, entzündet vom Geiste der Gewalt und der Gier, wie Landstreichern das Gebiet der Besiegten durchzogen. Ich habe über ihre Ausgaben und ihr Tun und Treiben eine Reihe von Dokumenten gesammelt, die ich nicht publizieren will, um den Satz nicht noch mehr zu schüren; aber gewiß wird es eines Tages eine Schmach bedeuten, einer jener Reaktionskommissionen angehörit zu haben. Wenn man die Noten der Reparationskommission liest, hat man oft den Eindruck, daß es sich um den primitivsten Kenntnis der jeweiligen Situation des Landes handelt, über das sie verfügt. Die beschriebenen Noten vom 21. März 1922 (siehe das Zeitschriftchen) sind wohl das Äußerste und Willkürlichste, was man sich denken kann, mal doch sind sie noch von der folgenden übertrieben worden, so schwierig ist es auch so sein. Die Reparationskommission hat auch ein Garantiefomitee geschaffen, das in Deutschland keinen Sitz hat und die Ausführung der Erfolge der Kommission überwacht. Das ganze Finanzwesen des Reiches wird also, kann man sagen, von diesem Komitee geregelt: Einnahmen, Ausgaben, öffentliche Schuld, Kapitalausfuhr, Schiffbau usw. Zwei ihrer Mitglieder sind in Berlin am Finanzministerium; der eine prüft die Einnahmen, der andere die Ausgaben. Diejem Komitee muß die deutsche Regierung den Entwurf der Bilanz, alle Geheiß fiktionalen Charakteres und jeden Kreditnachtrag vorlegen, ebenso jede Kreditgewährung, die 500 000 Mark übersteigt usw. Um die Kapitalausfuhr zu verhin-

* Das ist der Inhalt der Botschaft des Präsidenten Harding, die in den nächsten Tagen im nächsten Heft dieser Zeitschrift veröffentlicht werden wird. Der Rückgang Europas — die Wege zum Wiederaufbau.

